

Nach Hai-Attacken im Roten Meer Strände gesperrt

EILAT, 7. Dezember. Gouverneur Abdel Fadil Schuscha will nichts ausschließen. Man müsse auch überprüfen, ob der israelische Geheimdienst Mossad dahintersteckt, sagte der Gouverneur, der für den südlichen Sinai zuständig ist, laut einem ägyptischen Internetportal. Zuvor hatte es Spekulationen gegeben, israelische Agenten könnten den Hai, der am Sonntag eine deutsche Touristin tödlich verletzt hatte, vor der Küste von Scharm al Scheich ausgesetzt haben.

Doch das wirkt wie ein unbeholfener Entlastungsangriff. Die jüngste Hai-Attacke wirft kein vorteilhaftes Licht auf die Behörden am Roten Meer. Nachdem in den Tagen zuvor schon vier osteuropäische Touristen bei Hai-Attacken verletzt worden waren, hatte die Stadtverwaltung die Strände gesperrt, sie am Wochenende aber wieder freigegeben: Zum Beweis dafür, dass die Gefahr gebannt sei, wurden Fotos zweier gefangener Haie veröffentlicht. Seit dem Tod der Frau aus Baden-Württemberg dürfen die Urlaubsgäste nicht mehr an den Korallenriffen schnorcheln oder tauchen, die jedes Jahr mehr als drei Millionen Touristen an die Strände der Sinai-Halbinsel locken.

Auch Fachleute sind überrascht von den Hai-Attacken, die in diesen Gewässern sehr selten sind. Noch ist nicht klar, weshalb die Raubfische so nahe an die Küste kamen. Neben dem Mossad-Verdacht erwähnte Gouverneur Schuscha ein australisches Frachtschiff, das zum muslimischen Opferfest vor kurzem eine Ladung Schafe an Bord gehabt habe. Angeblich warf die Besatzung unweit von Scharm al Scheich die Kadaver von Tieren ins Meer, die auf der Fahrt verendet waren. Das könnte die Haie angezogen haben. Mohammed Salem von der Organisation zur Erhaltung des Süd-Sinai vermutet, dass Haie vor der Küste zeitweilig absichtlich gefüttert worden seien, obwohl das verboten ist. Nachdem diese Nahrungsquelle versiegt sei, hätten sie in Strandnähe nach anderer Beute gesucht. Veranlassen von Bootsausflügen wird schon länger vorgeworfen, Fleisch ins Meer zu werfen, um Haie anzulocken, damit Touristen sie dann aus der Nähe fotografieren können.

Israelische Forscher in der Hafensstadt Eilat am Roten Meer halten nicht die illegale Fütterung, sondern den Ver-



Ufernah: Dieser am 3. Dezember gefangene Hai soll im Roten Meer zwei Touristen attackiert haben. Foto dpa



Hai-Alarm: Vor Scharm al Scheich waren am Dienstag die Strände für Schwimmer gesperrt. Foto AFP

lust von Nahrungsquellen für die Ursache des aggressiven Verhaltens. „Man nimmt den Haien immer mehr Stellen, an denen sie bisher die Fische fanden, die sie fressen. Sie machen sich daher anderswo auf die Suche“, vermutet Aviv Levy, der Kurator des Unterwasser-Observatoriums im Meerespark in Eilat. Gewöhnlich ernähren sich Haie von Thunfisch. „Haie greifen den Menschen an, wenn er in ihr Revier eindringt. Und sie reagieren aggressiv, wenn sie nicht mehr ihre natürliche Nahrung finden“, erläuterte Avi Baranes, der Haie seit 30 Jahren erforscht, am Dienstag in „Haaretz“.

Das Rote Meer unterscheidet sich von anderen Gewässern, in denen Haie leben: Anders etwa als das Mittelmeer kann der Meeresboden wenige Meter von den Küsten entfernt bis zu hundert Meter tief sein. Dort, ziemlich nah bei den Menschen, fühlen sich die mehr als 25 Haiarten wohl. Meist geht es friedlich zu. Baranes hält es daher für falsch, panisch zu reagieren. An der israelischen Küste des Roten Meeres habe es seit den vierziger Jahren nur zwei tödliche Attacken gegeben. In Scharm al Scheich sollen amerikanische Forscher die Angriffe untersuchen. So lange bleiben die Strände gesperrt. Weiter oben am Golf von Aqaba geht dagegen der Bade- und Tauchbetrieb weiter. HANS-CHRISTIAN RÖSSLER



My home is my school: Familie Dudek beim Zwei-plus-fünf-Unterricht im Wohnzimmer

Fotos Rainer Wohlfahrt

„Unsere Kinder leben im Verborgenen“

Heimunterricht ist in Deutschland verboten. Hunderte Familien unterrichten ihre Kinder trotzdem zu Hause.

Von Krista Kapralos

FRANKFURT, im Dezember. Die Kinder der Müllers müssen warten, bis die Schule aus ist. Vorher dürfen sie nicht im Garten spielen. Während der Unterrichtsstunden bleiben sie im Haus, Türen geschlossen, Vorhänge zugezogen. „Zum Chor oder Fußballverein fahren wir mit den Kindern in eine andere Stadt“, sagt Stefan Müller, der mit seiner Familie in einer Kleinstadt in Baden-Württemberg lebt und seinen richtigen Namen nicht preisgeben will. Für die Behörden haben die Müllers nämlich Deutschland vor sechs Jahren verlassen – nachdem ihnen eine Strafzahlung von 1000 Euro wegen Verletzung der Schulpflicht auferlegt worden war.

Der Staat sei schuld daran, dass seine Kinder im Verborgenen leben müssten, sagt Müller. Sein ältester Sohn sei in der Schule unterfordert gewesen. Aber die Lehrer hätten es abgelehnt, ihn eine Klasse überspringen zu lassen. Ein Freund der Familie habe ihn auf die Idee mit dem Hausunterricht gebracht. „Und meine Reaktion war typisch deutsch“, erinnert sich Müller, „Hausunterricht? Das ist verboten!“ Doch je intensiver seine Auseinandersetzungen mit Lehrern, Direktoren und Behörden geworden seien, desto klarer sei ihm geworden, dass er seinem Sohn etwas anderes als den Schulbesuch bieten müsse – selbst für den Preis eines Lebens in der Illegalität.

Trotz der Schulpflicht in Deutschland entscheiden sich immer wieder Eltern für den Weg der Müllers: Sie unterrichten ihre Kinder zu Hause und riskieren Anzeigen, Bußgeld, sogar Haftstrafen und den Entzug des Sorgerechts. Viele tun das im Verborgenen. Jan Edel, Vorsitzender des in Lüdenscheid registrierten Vereins „Schulbildung in Familieninitiative“, spricht von 800 Kindern in Deutschland, die nie einen Klassenraum betreten. Die Zahl der Eltern, die ihre Kinder in einer Kombination aus Heim- und Schulunterricht erziehen, gehe in die Tausende.

Hausunterricht verstößt gegen die allgemeine Schulpflicht, so viel ist klar. „Jedes Kind muss zur Schule gehen“, sagt Sylvia Schill, Sprecherin der Kultusministerkonferenz. Wenn Eltern dem nicht folgten, schritten die Schulbehörden ein. Und im äußersten Fall bringe die Polizei die Kinder zur Schule. „Jedes Kind ist registriert und in unseren Unterlagen.“ „Von wegen“, sagt Edel, der den Verein zur Unterstützung und Vernetzung von Schulpflichtgegnern gegründet hat. Immer mehr Eltern fänden Schlupflöcher, viele seien den offiziellen Stellen stets einen Schritt voraus. Einige, wie die Müllers, täuschten einen Umzug ins Ausland vor. Andere behaupteten, ihre Kinder besuchten eine Privatschule in einem anderen Bundesland. Und wieder andere fänden einen freundlichen Schuldirektor, der einfach wegschaue, wenn die Kinder nicht zum Unterricht erschienen.

Ludwig Unger, Sprecher des bayerischen Kultusministeriums, hält solche Behauptungen für wenig glaubwürdig. „Das kann kein Direktor entscheiden.“ Der Schulbesuch diene im übrigen nicht allein der Vermittlung von Wissen, sondern

auch von sozialer und kultureller Kompetenz. „Es ist wichtig, dass die Kinder zusammen lernen und nicht isoliert von anderen Kindern aufwachsen.“

Für die Verfechter des Heimunterrichts geht es dem Staat weniger um Bildung und Kompetenz als vielmehr um Kontrolle. Jürgen und Rosemarie Dudek sagen, niemand habe ihnen bisher einen plausiblen Grund genannt, warum sie ihre sieben Kinder nicht zu Hause unterrichten dürften. „Es ist ein reines Machtspiel“, sagt Dudek, der mit seiner Frau seit mehr als zehn Jahren gegen den „Absolutismus des Staates“ kämpft. Sie wollen ihre Kinder keinem Menschen anvertrauen, der nicht von so fester christlicher Überzeugung ist wie sie selbst. Deshalb unterrichten sie ihren Nachwuchs in ihrem Haus im hessischen Archfeld im Werra-Meißner-Kreis. Sie richten sich dabei nach dem offiziellen Lehrplan und halten auch Schul- und Ferienzeiten gewissenhaft ein, wurden aber dennoch mit zahlreichen Geldstrafen und sogar einer dreimonatigen Freiheitsstrafe belegt, die aber in der Revision keinen Bestand hatte.

Die Szene der Schulverweigerer ist vielfältig. Manche, wie die Dudeks, halten sich an Stundenpläne und schaffen für ihre Kinder zu Hause eine Schulummosphäre mit Bänken, Pausen, Ferien und Klassenarbeiten. Andere sind davon überzeugt, dass Kinder überhaupt keine formale Struktur brauchen, um etwas zu lernen. Einige Familien sind konservativ-christlich orientiert und unterrichten auf der Grundlage der Bibel, andere haben alternative Vorstellungen vom Leben und lassen ihre Kinder nicht nur ohne Schule, sondern auch ohne Schuhe aufwachsen. Einige sagen, ihre Kinder seien in der Schule gemobbt worden, andere haben ihren Nachwuchs dort als gelangweilt, überfordert, deprimiert oder einsam erlebt. „Heimunterricht“, sagt Vereinsgründer Edel, „beginnt normalerweise mit einem sozialen Bedürfnis.“

Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, in denen Hausunterricht verboten ist und eine strikte Schulanwesenheitspflicht gilt. Die geht auf das Reichsschulpflichtgesetz von 1938 zurück. Als Begründer der modernen Schulverweigerer-Bewegung gilt Helmut Stücher, ein bibeltreuer Buchhalter aus Siegen. 1980 hielt er seine beiden Kinder von der Schule fern, also auch von Sexualkunde und Evolutionslehre. Jahrelang kämpfte er mit den Behörden, musste Strafen zahlen, wurde verurteilt, verlor sogar das Sorgerecht – schaffte es am Ende aber doch, alle seine

elf Kinder aus öffentlichen Schulen fernzuhalten. Er gründete und leitete die Philadelphia-Schule, ein staatlich nicht anerkanntes christliches Heimschulwerk.

Inzwischen bekommen die deutschen Schulboykotteure Unterstützung aus Übersee. Die „Homeschool Legal Defense Association“ etwa, eine amerikanische Organisation mit Verbindungen zu christlich-fundamentalistischen Gruppen, gewährt Familien, die Deutschland wegen der Schulpflicht verlassen wollen, juristische und finanzielle Hilfe. Mike Donnelly, einer ihrer Anwälte, sagt über Deutschland: „In keinem westlichen Land ist es schlimmer.“ Er wünscht sich mehr zivilen Ungehorsam. „Wir haben nicht die Mittel, jede Familie zu unterstützen. Aber wenn wir von einem besonders skandalösen Fall erfahren, schalten wir uns ein.“

Auch ohne amerikanische Hilfe beginnt sich die deutsche Schulverweigerer-Szene zu organisieren. Im Internet gibt es Foren und Gesprächskreise, werden Informationen ausgetauscht und juristische Strategien diskutiert. „In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Bewegung stark verändert“, sagt der Soziologe Thomas Spiegler, der sich an der Universität Marburg mit dem Thema befasst. „Es gibt viele neue Netzwerke, die sich nicht mehr in erster Linie am Glauben orientieren, sondern unterschiedliche Richtungen integrieren.“

Manche Homeschooling-Verfechter sehen die enge Verbindung der Bewegung mit christlich-fundamentalistischen Organisationen als größte Hürde im Kampf für die Legalisierung des Heimunterrichts. Fälle, in denen Eltern ihre Kinder von der Schule fernhalten, damit sie nicht mit Aufklärung und moderner Wissenschaft in Berührung kommen, hält Stephanie Edel – wie ihr Mann Jan aktiv im Verein „Schulbildung in Familieninitiative“ – für kontraproduktiv. „Oft geht es gar nicht um Religion oder eine generelle Anti-Schul-Einstellung, sondern um individuelle Bedürfnisse. Manche Kinder passen einfach nicht in das öffentliche Schulsystem.“

Anna Meyer und ihr Mann sind in den Neunziger Jahren mehrfach mit Geldbußen belegt worden, weil sie ihre vier Kinder nicht zur Schule schicken wollten. Dann ist das Ehepaar, das in einer Kleinstadt nördlich von Frankfurt lebt und anonym bleiben will, irgendwie durch das enge Netz der Behörden gerutscht. Erst sei das Schulumat verlegt worden, dann der Direktor in Pension gegangen, erinnert sich Anna Meyer. „Schließlich sind wir umgezogen – und das war’s.“ Seither werden die Kinder der Meyers, die es für die Behörden praktisch nicht gibt, von ihren Eltern ungestört zu

Hause unterrichtet. „Wir leben im Verborgenen und nehmen nicht am sozialen Leben teil“, sagt Anna Meyer.

Das sei ein durchaus normaler Weg unter Schulboykotteuren, sagt Dagmar Neubronner, die selbst jahrelang mit den Behörden in Bremen kämpfte und mit ihrem Mann inzwischen je eine Hälfte des Jahres in Spanien und in Frankreich verbringt, um ihre beiden Söhne im Alter von elf und 13 Jahren ungestraft zu Hause unterrichten zu können. In der Szene ist sie so bekannt, dass sie jede Woche mehrere Stunden am Telefon sitzt und anderen Eltern Tipps gibt. „Leider müssen viele Familien Deutschland verlassen – nicht nur offiziell, sondern tatsächlich.“

Mitunter lassen sich die Ämter mit einer schlechten Bescheinigung verwirren. Es gibt Tutzende Fälle, in denen die Eltern ihre Kinder aus der staatlichen Schule nehmen und bei einer Überprüfung das Zertifikat einer privaten Schule in einem anderen Bundesland vorlegen. Ob diese tatsächlich existiert, wird von den Beamten meist nicht überprüft.

Die von Helmut Stücher gegründete Philadelphia-Schule in Siegen stellt solche Zertifikate aus. Offiziell sind dort 300 Schüler eingeschrieben, tatsächlich aber erschöpft sich das Engagement der Schule in kaum mehr als grundlegenden Hinweisen zum Heimunterricht. Und die Clonlara-Schule in Deggenhausertal am Bodensee, der deutsche Ableger eines amerikanischen Homeschooling-Netzwerks, zeigt auf ihrer Internetseite zwar gemeinsam spielende Kinder, in Wirklichkeit sei aber selbst der Begriff „Fernunterricht“ eine Übertreibung, gibt Karen Kern, Sprecherin der Schule, zu. „Wir verschicken kein Unterrichtsmaterial oder dergleichen. Unsere Familien melden sich einfach an, zahlen die Gebühren und bekommen dafür das Zertifikat und eine Beratung.“ 210 Schüler waren demnach im vergangenen Jahr an der Clonlara-Schule angemeldet.

Familien, die von den Behörden in den Ruin getrieben werden; Kinder, die von der Polizei zur Schule gebracht werden; Eltern, die für ihre Überzeugungen ins Gefängnis gehen – Mike Donnelly, der Anwalt der „Homeschool Legal Defense Association“, zählt gern spektakuläre Fälle auf, um die Hilfe seiner Organisation für deutsche Schulverweigerer zu rechtfertigen.

Die Defense Association, die in den Vereinigten Staaten erreicht hat, dass Homeschooling inzwischen in allen 50 Bundesstaaten gestattet ist, steht nicht allein in ihrem Beistand für Schulboykotteure. Auch andere Organisationen sind aktiv. In den Bundesstaaten Georgia und Tennessee haben sogar die Parlamente Resolutionen verabschiedet, um die deutsche Regierung zu einer Lockerung der Schulpflicht zu bewegen. Nicht zufällig unterstützt die Defense Association deshalb auch eine Familie aus Baden-Württemberg, die nach Tennessee gezogen ist, um Geldstrafen und dem Entzug des Sorgerechts in ihrer Heimat zu entgehen. Anfang des Jahres wurde der Familie offiziell Asyl gewährt, allerdings läuft noch das Berufungsverfahren.

Stephanie und Jan Edel freuen sich über die Hilfe aus Amerika. Aber ihrer Meinung nach kommt ihre Sache erst dann richtig voran, wenn die Verfechter des Heimunterrichts nicht in der Illegalität verschwinden, sondern für das Recht kämpfen, selbst zu entscheiden. „Aber die Leute denken vor allem an ihre eigenen Kinder. Sobald die aus der Schule heraus sind, ist für sie der Kampf zu Ende.“ Für die Edels ist es das nicht – auch wenn ihre eigenen Kinder nach mehr als sieben Jahren des Heimunterrichts inzwischen staatlich anerkannte Schulen besuchen.

Kandidat von „Wetten, dass...?“ zeigt Lähmungen

miha. FRANKFURT, 7. Dezember. Die Aussichten des in der ZDF-Unterhaltungsshow „Wetten, dass...?“ am vergangenen Samstag verunglückten Wettkandidaten Samuel Koch auf eine vollständige Genesung sind ungewiss. Im günstigsten Fall könne sich der junge Mann einigermaßen erholen, im schlechtesten Fall bleibe er gelähmt, sagte der Neurochirurg Hans-Jakob Steiger von der Düsseldorfer Uniklinik. Im Augenblick habe Koch schwere Lähmungen. Es sei noch „viel zu unsicher“ zu sagen, ob und inwieweit diese sich zurückbilden könnten. Steiger sagte: „In einer Woche bin ich gerne bereit, dazu sehr viel dezidierte Stellung zu nehmen.“

Koch war in der Nacht zum Dienstag ein zweites Mal operiert worden. Mit dem Eingriff sollte sein verletztes Rückenmark entlastet werden, sagte der ärztliche Direktor der Universitätsklinik, Wolfgang Raab. Inzwischen habe man den Dreißendwanzigjährigen aus dem künstlichen Koma geholt. „Samuel Koch ist wach und orientiert“, sagte Raab. Der Patient liege weiter auf der Intensivstation.

Koch war bei „Wetten, dass...?“ schwer gestürzt, als er versucht hatte, auf Sprungfedern über fünf fahrende Autos zu springen. Der Showmaster Thomas Gottschalk brach die Sendung in Absprache mit dem Programmleiter und dem Intendanten des ZDF ab. Vorwürfe, die Wettübung sei zu riskant gewesen, wiesen Gottschalk und Programmleiter Thomas Bellut zurück. Man habe alle erdenklichen Sicherheitsvorkehrungen getroffen, der Kandidat sei sich des Risikos bewusst gewesen, die Wette sei machbar erschienen.

Politiker wie der SPD-Ministerpräsident und ZDF-Verwaltungsratsvorsitzende Kurt Beck hatten geäußert, man müsse nun über Quotendruck und Risiken für Kandidaten diskutieren. Die Kritik hatte der ZDF-Direktor Bellut am Dienstag in dieser Zeitung zurückgewiesen: „Das Gereide vom Quotenkampf ist Unsinn.“ Thomas Gottschalk habe richtig reagiert. An den Vorbereitungen habe es nicht gelegen, die Machart der Show sei nicht auf Sensation ohne Rücksicht angelegt. Gleichwohl will der Sender aus dem Unfall Konsequenzen ziehen. Wie diese genau aussehen, ist noch offen. Das Ende von „Wetten, dass...?“ bedeute dies jedoch nicht, hieß es. Der Fernsehred des ZDF soll sich am Freitag mit dem Thema befassen.

Drei Todesopfer bei Brand in Altenheim

ff. MÜNCHEN, 7. Dezember. Nach einem Brand in einem Würzburger Seniorenheim, bei dem in der Nacht zum Dienstag drei Menschen ums Leben kamen, sind Forderungen nach besseren Schutzmaßnahmen erhoben worden.

Der Brandschutz in solchen Heimen müsse bundeseinheitlich geregelt werden, verlangte die Deutsche Hospizstiftung. Jedes Zimmer müsse einen Rauchmelder haben, der mit einer Anlage verbunden sei, über die in Notfällen automatisch die Feuerwehr benachrichtigt werde. Das Feuer im evangelischen Wohnstift St. Paul in Würzburger Stadtteil Heidingsfeld war am Montag gegen 22.30 Uhr von einer Nachtschwester entdeckt worden. Es war im Zimmer einer 89 Jahre alten Bewohnerin im ersten Stock ausgebrochen, die nur noch tot geborgen werden konnte. Obwohl die Feuerwehr den Brand schnell unter Kontrolle bekam, sind noch zwei weitere Opfer zu beklagen, ein 67 Jahre alter Mann und eine 70 Jahre alte Frau. Sechs Personen, unter ihnen zwei Schwerverletzte, wurden in Würzburger Kliniken gebracht. Das Heim St. Paul, das 1981 eröffnet wurde, wird vom Diakonischen Werk Würzburg unterhalten. 2008 wurde mit der Errichtung von Neubauten begonnen, da immer wieder Mängel beim alten Bau festgestellt worden waren.

Die Defense Association, die in den Vereinigten Staaten erreicht hat, dass Homeschooling inzwischen in allen 50 Bundesstaaten gestattet ist, steht nicht allein in ihrem Beistand für Schulboykotteure. Auch andere Organisationen sind aktiv. In den Bundesstaaten Georgia und Tennessee haben sogar die Parlamente Resolutionen verabschiedet, um die deutsche Regierung zu einer Lockerung der Schulpflicht zu bewegen. Nicht zufällig unterstützt die Defense Association deshalb auch eine Familie aus Baden-Württemberg, die nach Tennessee gezogen ist, um Geldstrafen und dem Entzug des Sorgerechts in ihrer Heimat zu entgehen. Anfang des Jahres wurde der Familie offiziell Asyl gewährt, allerdings läuft noch das Berufungsverfahren.

Stephanie und Jan Edel freuen sich über die Hilfe aus Amerika. Aber ihrer Meinung nach kommt ihre Sache erst dann richtig voran, wenn die Verfechter des Heimunterrichts nicht in der Illegalität verschwinden, sondern für das Recht kämpfen, selbst zu entscheiden. „Aber die Leute denken vor allem an ihre eigenen Kinder. Sobald die aus der Schule heraus sind, ist für sie der Kampf zu Ende.“ Für die Edels ist es das nicht – auch wenn ihre eigenen Kinder nach mehr als sieben Jahren des Heimunterrichts inzwischen staatlich anerkannte Schulen besuchen.

Stephanie und Jan Edel freuen sich über die Hilfe aus Amerika. Aber ihrer Meinung nach kommt ihre Sache erst dann richtig voran, wenn die Verfechter des Heimunterrichts nicht in der Illegalität verschwinden, sondern für das Recht kämpfen, selbst zu entscheiden. „Aber die Leute denken vor allem an ihre eigenen Kinder. Sobald die aus der Schule heraus sind, ist für sie der Kampf zu Ende.“ Für die Edels ist es das nicht – auch wenn ihre eigenen Kinder nach mehr als sieben Jahren des Heimunterrichts inzwischen staatlich anerkannte Schulen besuchen.



Vater und Lehrer: Jürgen Dudek



Mutter und Lehrerin: Rosemarie Dudek